

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuß

55. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. September 1999, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (Strukturreform-Novelle)	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2121	
2.	Vandalismus	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2179	
3.	Lehrplananalyse der Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann-Stiftung, Heinz-Nixdorf-Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung „Wirtschaft in die Schule“ betreffend ökonomische Inhalte im Schulunterricht	7
4.	Verschiedenes	8

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes
(Strukturreform-Novelle)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2121

(überwiesen am 6. Mai 1999)

hierzu: Niederschriften über die 52. und 53. Sitzung

Der Ausschuß kommt überein, in den Ausschußsitzungen am 30. September 1999 und 4. November 1999 über den Gesetzentwurf sowie die jeweiligen Änderungsanträge der Fraktionen, die bis spätestens 30. September 1999 vorliegen sollen, zu beraten und abzustimmen, so daß die Strukturreform-Novelle in der November-Tagung des Landtages in zweiter Lesung verabschiedet werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vandalismus

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2179

(überwiesen am 9. Juli 1999 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den Bildungsausschuß)

Abg. Schröder möchte von der Landesregierung wissen, welche Maßnahmen sie auch in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ergreife, um der Zunahme von Vandalismus und Gewalt von Jugendlichen entgegenzuwirken, und lobt das von zwei Preetzer Schulen gestartete Projekt, Freizeitangebote für die Schülerinnen und Schüler zu koordinieren, sowie das in den Niederlanden praktizierte Halt-Projekt, bei dem jugendliche Täter den von ihnen angerichteten Schaden bei dem Geschädigten wiedergutmachten und von der Justiz nicht verfolgt würden.

St Dr. Stegner verweist insbesondere auf die Öffnung der Schulen gegenüber ihrem sozialen Umfeld und die Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen (§ 3 Abs. 3 Schulgesetz), die Fortbildungsveranstaltungen des IPTS zum Thema Gewaltprävention an Schulen sowie schulinterne Lehrerfortbildungsmaßnahmen, die neue Lehrerausbildungsverordnung, die Schulprogrammarbeit, das Moderationsprojekt an der Gesamtschule Trappenkamp, die Schulpsychologischen Dienste, das Präventionsbüro Petze, die neuen Lehrpläne und hebt den Gedanken der Vernetzung und Kooperation auf allen Ebenen hervor, um Gewalt von Jugendlichen und ihre Ursachen zu minimieren. Das Signal zur Zusammenarbeit - damit greift er eine Frage von Abg. Dr. Klug auf - sollte von oben ausgehen: So beabsichtigten beispielsweise der Innenminister und die Bildungsministerin, durch die Veranstaltung öffentlicher Foren sowohl die Schulen als auch die Polizei in ihrer Zusammenarbeit zu bestärken. Zu dem Thema Gewaltprävention gebe es außerdem eine interministerielle Arbeitsgruppe.

Auf Fragen von Abg. de Jager erwidert der Staatssekretär, neuere statistische Erhebungen zum Umfang des Vandalismus an schleswig-holsteinischen Schulen seien nicht erforderlich; das Gutachten von 1993 bilde zur Problembeschreibung eine ausreichende Grundlage. Eine Ausweitung im Bereich der Beratungslehrer schließe durch zusätzliche Lehrerfreistellungen auf die Unterrichtsversorgung durch und komme angesichts weiter steigender Schülerzahlen daher kaum in Betracht.

Abg. Vorreiter möchte wissen, wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe sowie Lehrkräfte an Fortbildungen zum Thema „Entwicklung von Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule“ teilgenommen hätten, wer diese Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt habe und wieviel Mittel dafür ausgegeben worden seien (Seite 25 des Berichts).

Abg. Weber möchte vom Staatssekretär wissen, ob er die neuen Lehrpläne für geeignet halte, dem zunehmenden gesellschaftlichen Phänomen des Vandalismus und seiner Ursachen besser als in der Vergangenheit entgegenwirken können oder ob Schule überhaupt einen wesentlichen Beitrag zur Eindämmung dieser Probleme leisten könne.

St Dr. Stegner macht auf die besonderen Schwierigkeiten der Schule aufmerksam, die oftmals nur Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sein könne, und betont noch einmal die Bedeutung des Umfeldes von Schule und der Kooperation aller an Schule Beteiligten (Eltern, Schulträger, außerschulische Einrichtungen vor Ort). Abschließend würdigt er das Engagement vieler Lehrkräfte, Konflikte oder gar Gewalt zu vermeiden beziehungsweise zu minimieren.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Lehrplananalyse der Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann-Stiftung, Heinz-Nixdorf-Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung „Wirtschaft in die Schule“ betreffend ökonomische Inhalte im Schulunterricht

hierzu: Umdruck 14/3731

Abg. de Jager möchte wissen, wie die Landesregierung die Ergebnisse der Lehrplananalyse der Gemeinschaftsinitiative, die den schleswig-holsteinischen Gymnasien schlechte Noten hinsichtlich der Verankerung von ökonomischen Inhalten im Unterricht bescheinige, sowie Überlegungen bewerte, das Fach WiPo in der Sekundarstufe I der Gymnasien einzuführen.

St Dr. Stegner nimmt zur Lehrplananalyse der Gemeinschaftsinitiative, deren abschließende Veröffentlichung erst im Herbst erscheinen werde, Stellung und berichtet über die Anstrengungen der Landesregierung, die Inhalte ökonomischer Bildung im Unterricht zu stärken (Einführung des Faches WiPo in der Sekundarstufe II sowie ökonomische Bildung als integrativer Bestandteil in anderen Schulfächern), Umdruck 14/3731.

Abg. Dr. Klug fordert das Ministerium auf, bei der Neufassung der Lehrpläne für die Sekundarstufe II die ökonomische Bildung, speziell volkswirtschaftlich relevante Aspekte (Globalisierung, wirtschaftlicher Strukturwandel, Außenwirtschaftsbeziehungen), stärker zu berücksichtigen.

St Dr. Stegner weist darauf hin, daß bei der Weiterentwicklung der Lehrpläne deutlich auf Gegenwartsbezug, Berufswahlreife und Berufsfindung abgestellt werde. Über die Frage, welche wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Grundkenntnisse im einzelnen vermittelt werden sollten, gebe es naturgemäß unterschiedliche Vorstellungen. WiPo als eigenständiges Fach solle in der Sekundarstufe I nicht eingeführt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die stellvertretende Vorsitzende erinnert an das eintägige Seminar Ende November in der französischen Partnerregion **Pays de la Loire** zum Thema „Reihumausbildung“, an dem mindestens ein Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtages teilnehmen sollte (Schreiben des Europaministeriums vom 4. und 16. August 1999).
- b) Der Ausschuß verabredet, den Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes, Drucksache 14/2368 (**Rechtsschreibreform**), der in der 37. Tagung des Landtages in erster und zweiter Lesung behandelt werden soll, am Donnerstag, dem 16. September 1999, unmittelbar im Anschluß an die Vormittagssitzung des Landtages, zu beraten.
- c) Auf eine Frage von Abg. de Jager erwidert St. Dr. Stegner, die Anträge angestellter Lehrkräfte auf **Verbeamtung** würden in einem fortlaufenden Prozeß schnell, unbürokratisch und möglichst im Sinne der Antragsteller bearbeitet. Insbesondere die notwendigen Leistungsfeststellungen erforderten allerdings eine gewisse Zeit. Zum Ende des Jahres könne er darstellen, wie viele der gestellten Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden worden seien. Wieviel Anträge bisher gestellt worden seien, werde er dem Ausschuß schriftlich mitteilen.
- d) Eine Frage der stellvertretenden Vorsitzenden zum **Prinzenhaus Plön** beantwortet St. Dr. Stegner dahin, er habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, die Vereinbarkeit der Angebote mit den vorgegebenen Bedingungen - öffentliche Nutzung, vertretbarer finanzieller Einsatz des Landes, Stopp des Verfalls des Prinzenhauses - wie geplant bis zum Herbst geprüft zu haben.
- e) Abg. Spoorendonk bittet darum, in der nächsten ordentlichen Sitzung, am 30. September 1999, über die Situation des **Sportinstituts der BU** zu beraten.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer

